Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wahlprogramme – Festivals der Gemeinplätze oder politisches Führungsmittel?

Nun programmieren sie wieder, all die Parteien, die im nächsten Herbst in den eidgenössischen Wahlkampf steigen. Und die meisten von ihnen tun sich einigermassen schwer damit. Am leichtesten fällt es naturgemäss noch den kleinen Gruppierungen. Sie sprechen oft begrenztere und damit homogenere Wählerschichten an oder haben einen spezifischen Teilbereich des politischen Spektrums im Auge. Je grösser die soziologische Spannweite und je offener die Doktrin einer Partei ist, um so schwieriger aber wird es für sie, profilierte programmatische Aussagen zu machen, die innerhalb der eigenen Reihen genügend breit abgestützt und zudem für «Wechselwähler» attraktiv genug sind.

Parteien nach unserem demokratischen Verständnis sind Sammelbecken von grundsätzlich gleich oder ähnlich ausgerichteten Bürgern, die ihrerseits verschiedenen Interessengruppen angehören können. Diese Sammelfunktion hat natürlicherweise zur Folge, dass die einzelnen Standpunkte «eingeschliffen» und angeglichen werden müssen. Das macht einen wesentlichen Teil nicht nur des innerparteilichen Lebens, sondern des laufenden politischen Prozesses in unserer Konkordanzdemokratie überhaupt aus. Der Preis dafür besteht im Globalverdacht, Politik und insbesondere Parteipolitik sei langweilig, kleinkariert, ohne «grossen Atem» und von permanentem Zwang zum «Kuhhandel» diktiert.

Was die eigentliche Parteiprogrammatik betrifft, so kommt neben diesem unvermeidlichen internen Abschleifungsprozess noch ein weiteres hinzu, das die Wahlmanifeste farblos erscheinen lässt: die Tatsache nämlich, dass auch unsere grossen Regierungsparteien nur Minderheitsparteien sind und es auch bleiben werden, solange das Proporzwahlsystem seine Gültigkeit hat. Das weiss auch der Wähler und ist darum besonders hellhörig, wenn es um alternative Lösungsangebote zur bisherigen Politik geht. Solche Vorschläge sind nur glaubwürdig, wenn sie zumindest teilweise auch politisch realisierbar sind. Im Klartext heisst dies, dass sie tragfähig genug sein müssen, um «koalitionsbildend» zu wirken und in Regierung und Parlament «mehrheitsverdächtig» zu erscheinen.

Einen Sonderfall mag in diesem Zusammenhang die schweizerische Sozialdemokratie verkörpern. Seit ihrem Eintritt in die Regierungsverantwortung auch auf eidgenössischer Ebene – es sind nun vierzig Jahre her – hat sie ein wechselndes Mass an ideologischer Opposition praktiziert und so die Einheitlichkeit marxistischer Tradition wenigstens in ihren Programmen einigermassen ungebrochen über die Run-

den gebracht. Doch ohne Zerreissproben ging es auch hier nicht ab. Je pragmatischer – und damit marktwirtschaftlicher – die gewerkschaftlichen Kreise auf dem Hintergrund der erfolgreichen Sozialpartnerschaft wurden, um so deutlicher hob sich der in den letzten zwei Jahrzehnten wesentlich verstärkte intellektuelle Flügel mit seinem aggressiven Neomarxismus von der Arbeiterbewegung ab.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass der Programmparteitag der SPS von Mitte November schliesslich zu einer deutlichen Distanzierung einer grossen Mehrheit von der neomarxistischen Avantgarde führte. Ein Rest von «Identitätskrise» bleibt bestehen, dies um so mehr, als die sozialistisch-antikapitalistische Komponente sich auch innerhalb der gemässigten Mehrheit zu verstärken scheint. Damit wird der innere Zwiespalt einer «Oppositionspartei in der Regierungsverantwortung» notgedrungen erneut verschärft werden.

Gerade der Fall des SPS-Programms zeigt im übrigen besonders deutlich, dass die Grundsatzdiskussionen unserer Parteien im Vorfeld von Wahlen nicht einfach am oft im wahrsten Sinn des Wortes «papierenen» Endprodukt zu messen sind. Sie bieten vor allem Raum für Rechenschaft über Erstrebtes und Erreichtes, sich selbst wie dem Wähler gegenüber, und sie zwingen die Führungsgremien, zumindest in grossen Zügen mittelfristige politische Planung zu betreiben. Mag der Berg dabei am Schluss auch eine Maus gebären, mag der definitiv formulierte gemeinsame Nenner letzten Endes mehr Leerformeln enthalten, als allen Beteiligten lieb ist – die Programmarbeit als solche erscheint gerade in unserer pragmatisierten politischen Landschaft als unerlässliches Mittel der parteipolitischen Selbstbesinnung und der Führung nach innen wie nach aussen.

Richard Reich

Schweiz ohne Armee?

Sollen wir die Schweiz retten, indem wir die Armee abschaffen? Das hiesse doch wohl, dass uns bisher das Milizheer daran gehindert habe, uns als ein Staatsgebilde zu verwirklichen, das sich nicht nur in den Augen von Chauvinisten rechtfertigt. Die militärische Wehrlosigkeit erwiese sich dann als unsere eigentliche Stärke, weil sie alle Kräfte für die innere und äussere Befriedung freisetzte. Die schweizerische Wirklichkeit wäre mit der schweizerischen Mission zur Deckung gebracht. Nicht nur die durch Jahrhunderte kultivierten Heldenmythen lägen hinter uns, sondern auch und vor allem unsere von Profitgier angefeuerten wirtschaftlichen Beutezüge in alle Welt. Von der bis in die Knochen militarisierten Schweiz also zur wahrhaft zivilisierten.

Das ist, knapp zusammengefasst, die Vision *Hans A. Pestalozzis* im Buch *«Rettet die Schweiz – Schafft die Armee ab»,* an dem noch eine ganze Reihe von Autoren mit mehr oder

minder zum Thema gehörigen Beiträgen beteiligt ist. Gegen die Veröffentlichung dieser Schrift gibt es keinen einzigen vernünftigen Einwand – es wäre im Gegenteil ein demokratischer Skandal, wenn sie nicht hätte erscheinen dürfen. Auch die Armee, «der Schweiz heiligste Kuh», wie ein sonderbarer Superlativ des Klappentextes lautet, ist der noch so rüden und radikalen Anfechtung nicht entzogen. Im übrigen sind es zumeist anstössige, aus peripheren Positionen geschriebene und niemals gefällige Bücher, die der Auseinandersetzung voranhelfen. Auch dies noch vorweg: Selbst wer die Tendenz dieser Publikation verwirft, und dazu braucht man kein verhockter Bourgeois zu sein, findet just im Lästigen auch viel Bemerkenswertes, das zur Prüfung der eigenen Vorstellungen herausfordert.

Einer auf Provokation angelegten Schrift, die sich zu wesentlichen Teilen als Pamphlet versteht, ist ohne weiteres zuzubilligen, dass sie immer wieder generalisiert. Nur dürfen die Verallgemeinerungen nicht Ausmasse annehmen, die es sogar dem gutwilligen Leser verunmöglichen, einem Autor noch im Ernst zu folgen. Von den schweizerischen Politikern aller grossen Parteien zu reden, als handle es sich um eine landesweite Kamarilla, ist genau so absurd wie die Behauptung, in den hohen Armeestellen setze man sich über die Regierung hinweg – als stehe ein Oberstenputsch bevor. Und herzlich wenig trägt auch zur Glaubwürdigkeit solcher Texte bei, wenn – ein Beispiel für viele – unter dem Stichwort «Freiheit» die Frage auftaucht: «Die Freiheit, eine Zweitwohnung haben zu können, weil die Verhältnisse in der Erstwohnung unerträglich sind?» Hier und in einer Unzahl anderer Fälle verkommt die Kritik zur grotesken Verzerrung, und man muss politisch schon hoffnungslos einäugig sein, um solches Gerede als Ermutigung zum Frieden von morgen zu begreifen.

Just weil wir kritischer Analysen unserer heutigen Zustände dringend bedürfen, ist es ein Jammer, Texte vorzulegen, die es den Gegnern aller, auch der vernünftigsten Reformen so ungeheuer leicht machen, weil sie mühelos vom Tisch zu fegen sind, und die überdies auch höchst beachtliche Überlegungen mit ins Zwielicht ziehen. Bei solcher Polemik und solchem Umgang mit den Fakten fällt die These, man müsse die Armee abschaffen, um die Schweiz zu retten, vollends ins Leere. Es fehlen die Argumente, die sie zu verstreben hätten. Den Beweis, dass es sie nicht gibt, wollte man mit dieser Publikation wohl schwerlich führen.

Oskar Reck

Fussnotenwahrheit

Der Bundeshaushalt hat Schlagseite. Dieses Faktum hat sich im Laufe der vergangenen Jahre nachgerade herumgesprochen. Und der helvetische Kassenwart leistet einen ebenso unermüdlichen wie bewunderungswürdigen

Einsatz in der Verbreitung dieser nicht mehr ganz taufrischen Nachricht. Wer möchte es ihm verargen, wenn er seine Popularität in die Sanierungswaagschale wirft? Politik heisst schliesslich auch «Beeinflussung» des Klimas, in dem finanzpolitische Entscheide gefällt werden müssen. Und weil in Helvetien auch der Souverän in Steuerangelegenheiten ein Wörtchen mitzureden hat, muss dieser nolens volens in die «Aufklärungsstrategie» einbezogen werden.

Polemik ist eine spezifische Form der «Streitkunst». Gezielte, aber nicht verletzende und schon gar nicht unter die Gürtellinie plazierte Hiebe sind Bestandteil dieser Taktik. Fragwürdig jedoch wird sie, wenn sie Fakten verschleiert oder schief darstellt, wenn dem Adressaten ein Tatbestand nicht so dargestellt wird, wie er tatsächlich ist. Beispiel? Im neuen Finanzplan 1984–1986 für den Bundeshaushalt kann der geneigte Leser noch und noch zur Kenntnis nehmen, dass sich der Bundesrat nun auf *Ausgabenkürzung* eingeschworen hat. Wenn von Kürzungen die Rede ist, so sollte eigentlich auch angegeben werden, von welchem Niveau denn nun gekürzt wird. Das schlichte Wort «Kürzung» suggeriert ja die Meinung, es handle sich um einen *Abbau* von staatlichen Leistungen. Nichts dergleichen: Die Bundesausgaben steigen munter weiter, wenn auch nicht mehr so quicklebendig wie in den goldenen Zeiten, nämlich von 19,68 Mia. Franken (1963) auf voraussichtlich 23,4 Mia. Franken (1986). Von Abbau ist da wenig bis nichts zu sehen. Im Gegenteil. Noch nie hatte der Bund so viel Geld in der Kasse.

Abbau von was also? Das kann der interessierte Leser in der *Fussnote* zu einer Tabelle, die dem Bericht beigegeben ist, herausfinden: «Kürzungen ausgehend von den Eingaben der Departemente (nicht den Vorjahreszahlen). Damit *kein* Abbau von Bundesleistungen, sondern nur *massvolleres Wachstum.*» Die Fussnotenliteratur bringt es an den Tag: es geht um massvolleres Wachstum. Es geht um Kürzungen von einer «Wunschliste». Das tönt schon besser. Ärgerlich ist lediglich, dass solches im Kleingedruckten nachzulesen ist.

Willy Linder

Achtzehn Jahre Breschnjew

Dem Anschein nach ist die wie üblich einstimmige Wahl Juri Andropows zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion die erste normale Nachfolge in 65 Jahren des Sowjetsystems. Man könnte fast sagen, dass diese zunächst reibungslose Normalität selber nicht «normal» ist. Hatten nicht Sowjetologen vorausgesagt, dass sich eine «Troika» bilden und die führende Persönlichkeit erst in längeren Machtkämpfen durchsetzen würde?

Denn Josef Stalin ist drei Jahre nach seinem Tode «gestürzt» und «entmausoleisiert» worden. Der 20.

und noch mehr der 22. Kongress der KPDSU hatten den gezwungen oder freiwillig vergötterten Georgier, der einen siegreichen und territorial erheblich vergrösserten Staat hinterliess, als Despoten gebrandmarkt und viele der auf sein Geheiss hingerichteten Kommunisten – von anderen Opfern war nie die Rede – offiziell oder stillschweigend rehabilitiert. Millionen wurden aus den Lagern des GULAG entlassen. Chruschtschew hatte sich nach dem Zwischenspiel Malenkow zunächst als Mann der Öffnung und relativen Liberalisierung gezeigt. Doch er selber, der einer starren Bürokratie Schocks versetzte und gänzlich widerspruchsvollen Eingebungen folgte – ein wenig freiere Literatur, dogmatischere Entscheidungen über Biologie, Versöhnung mit Tito, Hinrichtung Imre Nagys – wurde gestürzt; Leonid Breschnjew, den Chruschtschew gefördert hatte, trat an seine Stelle – stärker in ein Kollektiv eingebunden, einen Konsens der Führung verkörpernd.

Nunmehr wurden Abweichler – ob ideologisch, national, religiös, oder für Bürgerrechte sowie für die in Helsinki unterzeichnete «Charta» eintretend –, ausgewiesen oder, noch häufiger, eingesperrt. Die Psychiatrie als Teil der Repression wurde System, wie sie es zuvor nicht gewesen war; Yuri Andropow, damals KGB-Chef, berichtete triumphierend, dass die Fronde jener, die sich auf die Helsinki-Verpflichtungen stützten – zu ihr gehören viele Wissenschaftler – nunmehr durch Verhaftungen und Verurteilungen erledigt sei. Auf das Samisdat – die vervielfältigt zirkulierenden Schriften – folgte das «Tamisdat», Veröffentlichungen jenseits der Grenzen.

Das 18jährige Regnum Breschnjews ist durch Militarisierung von den frühesten Schuljahren an, materielle Privilegierung der Armee, Ausbau der Flotte und insgesamt gewaltig forcierte Rüstung gekennzeichnet, zugleich durch Stagnieren der zivilen Wirtschaft, über deren Engpässe Breschnjew selber realistisch Rechenschaft gab, ohne aber über Ermahnungen hinaus Reformen zu fördern. In Breschnjews Zeit fällt die «brüderliche Besetzung» der Tschechoslowakei, deren freiheitliche Regungen bis nach Moskau Resonanz fanden und der Einmarsch in Afghanistan, Beginn eines Kriegs gegen Partisanen, der bald drei Jahre dauert.

Gravierender als die nicht mehr pauschal, sondern auf die Opponenten ausgerichtete Repression war für die Bevölkerung das spektakuläre, weder in Industriegesellschaften noch in Entwicklungsländern beobachtete, starke Anwachsen der Kindersterblichkeit – die Statistiken werden nicht mehr bekanntgegeben – als Folge des Absinkens des Niveaus der Hygiene und der medizinischen Betreuung. In dieser beispiellosen Rückentwicklung zeigt sich die düstere Seite eines Systems, das sich an der Oberfläche in diesen Jahren als stabiler und weniger arbiträr erwies.

Stalin hatte unter seinen einstigen Gefährten und seinen treuen Anhängern wie unter den niederen Kadern und den Unpolitischen so blutig «gesäubert», dass es für die führende Schicht keine Sicherheit gab; zugleich bewirkte er mit dieser despotischen Methode eine Verjüngung der Kader. Nunmehr sicherten die führenden Bürokraten einander wechselseitig ab. Ein Sturz von der Macht – Breschnjew

setzte Präsident Podgorny ab und nahm seine Stelle ein – bedeutete nicht mehr den Tod und die Verfolgung der Familie. Diese Absicherung ging so weit, dass sich die führende Schicht vor einem Generationenwechsel bis an die äussersten biologischen Grenzen schützte. In einer Studie Boris Meissners in «Osteuropa» (September-Oktober 1981) – diese Zeitschrift ist nebst «Problems of Communism» und «Survey» den Interessierten unentbehrlich – wird anlässlich des Parteikongresses festgestellt: «Der Anteil der Delegierten von 51–60 Jahren stieg im Vergleich zu 1976 von 19,7 auf 25,7 Prozent, der Anteil der über Sechzigjährigen von 9,8 auf 11,7 Prozent, während der Anteil der Delegierten von 35–50 Jahren von 58 auf 50,4 Prozent zurückging.»

Stalin kam an die Macht als früher Vierziger, Chruschtschew und Breschnjew jeweils mit 58. Andropow wird Generalsekretär mit 68, und er war unter allen genannten Anwärtern der Jüngste. Niemand weiss, ob die kommende Ablösung durch eine jüngere Generation starke Reformimpulse bewirken wird. Gewiss ist, dass solche von einer sich selbst perpetuierenden Gerontokratie schwerlich zu erwarten sind. Auch darf nicht übersehen werden, dass seit dem Tod von Frau Furtzewa keine einzige Frau mehr den führenden Gremien angehört. Eigenartig, dass die linken Jugendbewegungen im Westen an diesen sowjetischen Besonderheiten kaum Anstoss nehmen . . .

Von regierenden westlichen Politikern, besonders aus der Bundesrepublik, war zu hören, dass ein alter Mann, der den Krieg in seiner ganzen Härte erlebt hat, nur Frieden wollen könne. Die Afghanen, und nicht nur sie, sehen das anders. Umgekehrt hört man oft, dass junge Menschen, die eine Zukunft haben, immer den Frieden wollen – die Geschichte bestätigt das nicht. Nach 1918 hiess es wiederum, die Soldaten von gestern würden die Garanten des Friedens sein. Dann ergriffen die Frontkämpfer Benito Mussolini und Adolf Hitler die Macht. Offenbar gibt es keine berechenbare Beziehung zwischen Lebensphase und Friedenspolitik.

Bisher hat in der russischen Geschichte jeder neue Zar die Hoffnung erweckt, nunmehr werde alles besser. Manche Gespräche der «Beerdigungsdiplomatie» wurden im Westen in diesem Sinn gedeutet. Wer sich an frühere Voraussagen erinnert, wird Vorsicht üben. Das wachsende Ungleichgewicht zwischen negativen sozialen Entwicklungen in der Sowjetunion und der verstärkten militärischen Macht eines Staates ohne öffentliche Meinung und ohne «Bewegungen» kann beunruhigen. Ein Vergleich: Chruschtschew musste Raketen von Kuba abziehen. Breschnjew «verlor» zwar Ägypten, konnte aber mit kubanischen Soldaten und osteuropäischen Spezialisten erfolgreich in Ostafrika operieren. Ob nun das Eingreifen in Angola und anderwärts als revolutionäre Solidarität oder als imperiale Machtausübung gedeutet wird – Breschnjew war wie Stalin ein Bewahrer und Mehrer des Reiches. Der nationale Stolz der Russen auf solche Weltmachterfolge darf nicht unterschätzt werden.

François Bondy